



## Wahl 25 in der Sozialruine Deutschland

**Arme Irre oder Klare Kante:  
Keine Stimme  
für legalisierten  
Verfassungsbruch!**

Vor jeder Wahl versprechen die Parteien soziale Gerechtigkeit, stabile Renten, Reallohnwächse, Bildungschancen für alle und dergleichen Wohltaten für benachteiligte und ausgegrenzte Mitmenschen. Sollte man sie der Lüge bezichtigen? Das ist gefährlich, aber man darf sie mit einer gesellschaftlichen Realität konfrontieren, von der die meisten von ihnen keinen blassen Schimmer haben. Und mit der Tatsache, dass diese Realität Ergebnis eines permanenten Verfassungsbruchs ist.

Alles begann vielversprechend.

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ... (Es kann) nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel ... kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau ... dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Das Ahlener Programm der CDU von 1947 war schnell vergessen, aber der „soziale und friedliche Geist“, den es zum Ausdruck brachte, beflügelte die Mütter und Väter des Grundgesetzes. Der Parlamentarische Rat legte einen Verfassungsentwurf vor, im Mai 1950 verabschiedet, in dem die Menschenwürde obersten Verfassungsrang erhielt:

„§1 (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zum unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrecht.“

Die Verfassungsmacher ahnten wohl, dass einer eher abstrakten Vorgabe konkrete Aufträge folgen müssen, sie bauten den §14 in die Verfassung ein:

„(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet ... (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“



In diesen Sätzen verbindet sich das Wohlergehen aller Menschen als Maßstab für politisches Handeln mit historischer Klugheit: Mit der Reihenfolge der Absätze legten die VerfassungskonstrukteurInnen fest, dass der Schutz des Eigentums nur dann gewährleistet ist, wenn es dem Gemeinwohl dient, ansonsten droht ihm Enteignung, in bewusster Abgrenzung von der französischen Verfassung von 1789, in der das Eigentum als „ein unverletzliches und heiliges Recht“ festgeschrieben ist. Die verfassungsgemäße Verpflichtung war bald vergessen, das nun doch unverletzliche und heilige Eigentum wurde politisch vom Gemeinwohl abgekoppelt. Das Ansinnen der FDP, den lästigen Absatz 2 des § 14 aus der Verfassung zu streichen, spitzt nur zu, was die etablierten Parteien längst praktizieren: Sie ignorieren ihn schlicht. Der Parlamentarische Rat hatte die Notwendigkeit übersehen, Regierung und Parlament einer regelmäßigen Kontrolle zu unterziehen, um sicherzustellen, dass sie Menschenwürde und Gemeinwohl als Auftrag ernst nehmen. Dieses Defizit hat für einen großen Teil der Menschen fatale Folgen: Anfang der siebziger Jahre schob die Krisendynamik der kapitalistischen Ökonomie, der die Adenauer-Regierung den jungen Staat doch wieder ausgeliefert hatte, einen beispiellosen Sozialabbau an, vergleichbar der neoliberalen Dampfwalze, die seit den siebziger Jahren in Mittel- und Südamerika, später in Asien und dann in Europa in Gestalt der Austeritätspolitik in Portugal, Italien und Griechenland die sozialen Sicherungssysteme zertrümmerte.

**Heute leben in Deutschland Millionen Menschen, etwa 14,6 % der Bevölkerung, unterhalb der Armutsgrenze, darunter 4 Millionen Kinder.**

Die Zahl der wohnungslosen Menschen steigt von Jahr zu Jahr. Die „Tafeln“ können den Ansturm der Bedürftigen nicht mehr bewältigen. Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnssektor und müssen ergänzend Unterstützung beziehen. Hunderttausende werden in der Landwirtschaft, im Bau- und Gastgewerbe, in der Logistik exzessiv ausgebeutet. Millionen Menschen finden keine bezahlbaren intakten Wohnungen mehr. Materielle Armut ist verbunden mit geringen Bildungschancen in einem auf gesellschaftliche Spaltung angelegten Schulsystem, sie führt zu vergleichsweise mehr chronischen Erkrankungen und geringerer Lebenserwartung, zu eingeschränkter Gesundheitsversorgung, zum Ausschluss von kultureller Teilhabe. Alles in allem ein Desaster für einen „Sozialstaat“, sein Bankrott.

**Die Politik begünstigt seit Jahrzehnten die Wohlhabenden. Ihre Einkommens-, Vermögens-, Steuer- und Erbschaftspolitik dient der Anhäufung von Reichtum für Wenige.**

Während das Vermögen am unteren Ende der Gesellschaftsskala stagniert und die Kaufkraft sinkt, steigt der obszöne Reichtum: **Belief sich das mittlere Vermögen der reichsten 10 % Anfang der 1990er Jahre auf 50mal mehr als das der ärmeren Hälfte, sind es heute roomal mehr.** Aber nicht nur die Reichen und Superreichen, auch die Beamten sind eine bevorzugte Klientel des politischen Establishments: Ihre Pensionen sind doppelt bis dreimal so hoch wie die Renten von Angestellten oder ArbeiterInnen, die vergleichbar lange gearbeitet haben, Gehaltssteigerungen sind ihnen garantiert, eine sichere Rente beziehen sie bereits ► [weiter auf Seite 2](#)

► nach fünf Berufsjahren. Beamte haben nach 35 Berufsjahren mit allen staatlichen Zuwendungen etwa 400.000 Euro mehr verdient als Nicht-Beamte im gleichen Zeitraum. Von Menschenwürde für alle und Gemeinwohlverpflichtung ist nichts zu sehen, nicht zu hören und für die armen und elenden Menschen nichts zu spüren.

Aber warum Arme Irre? Auf unserer letzten Veranstaltung im Oktober 2024 zum Thema „Gesplante Gesellschaft“ wies ausgerechnet der Millionär Josef Rick im Interview sinngemäß darauf hin, dass der Sozialabbau sich nicht zuletzt beschleunigt hat, weil seine Opfer bei jeder Wahl ihre Peiniger doch wieder wählen. Dieses verw-irre-nde Muster der Selbstkasteiung erleben wir seit sieben Jahr-

zehnten, in denen die etablierten Parteien CDU/CSU, SPD und FDP und ab 1980 auch die Grünen vor jeder Wahl versprechen, dass für die Menschen, die arm und elend sind, alles besser wird, um dann schnell zu vergessen und zu erzählen, dass ihr Haushaltsgeld leider nur reicht, um weitere Sozialleistungen zu kürzen, nach dem Motto „was schert mich mein Geschwätz von gestern“. Gerne beschließen sie steigende Diäten, satte Abgeordnetenpensionen, immer neue Subventionen und Steuerentlastungen für die ohnehin Begüterten und für Konzerne. Für eine gerechte Teilhabe derjenigen am gesellschaftlichen Reichtum, die ihn mit ihrer Arbeit schaffen, für auskömmliche Renten, für die Be-Förderung jedes Kindes in eine hoffnungs-

volle Zukunft, bleibt ein nie ausreichender und weiter sinkender Rest!

Die Wahl ist eine Chance, um ihnen klare Kante zu zeigen: Keine Unterstützung für eine soziale Politik, die für Krieg und der Aufrüstung immer mehr und für soziale Gerechtigkeit immer weniger Geld aufwendet und die Verfassungsaufträge Menschenwürde und Gemeinwohl bricht: Die Forderung des grünen Kanzlerkandidaten Robert Habeck am 7. Januar, den Etat für Bundeswehr und Rüstung müsse von 80 auf 150 Mrd. Euro erhöht werden, wird für die Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaft eher weniger zielführend sein.

Dr. Günter Rexilius

## Kinderarmut – Ein schlechter Start ins Leben

Zusammenfassung des Referats vom 18.11.2024 bei der Mitgliederversammlung des Bündnisses für Menschenwürde und Arbeit

### Kinderarmut

Kinderarmut meint allgemein Mangel an Notwendigkeiten des Lebens und der Entwicklung im Kindesalter. Damit sind die Bereiche Ernährung, Kleidung, Förderung von Talenten, Bildung, soziale Sicherung und Gesundheitsversorgung angesprochen.

### Absolute Armut

Für absolute Armut lautet die ökonomische Definition nach OECD weniger als 1 Euro pro Tag und für relative Armut weniger als 60% des durchschnittlichen Nettoeinkommens.

### Armut in Deutschland

Hierzulande gilt ein Elternpaar mit einem Kind über 14 Jahre und 2 Kindern unter 14 Jahre als arm, wenn das Nettomonatseinkommen inklusive Sozialleistungen unter 3329 Euro liegt, bei einer alleinerziehenden Mutter mit einem Kind unter 14 Jahre liegt diese Grenze bei 1546 Euro. Für 21% der Bevölkerung trifft die Definition von Armut permanent oder immer wiederkehrend zu (in 5-Jahresabständen gemessen) – obwohl die BRD eines der reichsten Länder mit einem vergleichsweise guten Sozialsicherungssystem ist. Weiterhin sind ca 10% einmalig für kürzere Zeit unter die Armutsgrenze gerutscht. Unter zur Zeit 15.700 Kindern/Jugendlichen im Mönchengladbacher Süden leben 34,4% in Armut.

### Typische Risikofaktoren

Kinderarmut findet sich besonders in bildungsfernen Singlehaushalten mit Migrationshintergrund. Risikofaktoren für ein Armutsmuster von Kindern/Jugendlichen sind alleinerziehende Eltern, mindestens zwei mitzuversorgende Geschwister, geringe berufliche Qualifikation der Eltern, komplexe Behinderung und Zuwanderung.

### Armut schafft Armut

Im Säuglings- und Kleinkindesalter führt sie zu wesentlichen Defiziten in der Entwicklungsstimulation, Kernkompetenzen des Kindes können nicht aufgebaut und eingeübt werden. Eine

alleinerziehende Mutter mit 3 Jobs als Reinigungskraft kann ihrem Kind kaum oder gar nicht Vorlesen, Sport, Ausflüge, Basteln, Malen und Gestalten bieten. Als Ersatz für eine psychointellektuelle Förderung müssen digitale Medien herhalten. Es kommt zum Kompetenzverlust, virtuelle und reale Welt auseinanderzuhalten. Unter den Sinneswahrnehmungen leidet besonders die Haptik, Kinder „begreifen“ nicht mehr, sie sind auch deutlich weniger „ergriffen“, verarmen emotional und sind innerlich einsam. Arme Kinder haben weniger Struktur im Alltag, haben unzureichende Bindungsmöglichkeiten, ihnen fehlt Autonomie und Sozialkompetenz, sie erhalten kaum Talentförderung und bleiben bildungsfern.



### Kinder in Armut sind häufiger krank

Sie nehmen öfter Medikamente, darunter besonders Schmerzmittel, haben einen schlechteren Zahnstatus, ernähren sich inadäquat und sind oft übergewichtig. Sie bekommen weniger Vorsorgeuntersuchungen, weisen häufiger riskantes Verhalten und damit Unfälle auf, sind unzufrieden mit den Lebensumständen. Sie werden überdurchschnittlich häufiger depressiv oder präsuizidal, andererseits aber auch oppositionell-aggressiv und tendieren zum symptomatischen ADHS. Neben veränderter Wahrnehmung, Visomotorik und Kognition ist besonders die Sprachentwicklung betroffen, verzögertes und unzureichendes Sprechen ist ein regelrechtes Kardinalsymptom für Armut geworden.

Kurativ gedachte medizinische Maßnahmen sind teuer, helfen in diesem Zusammenhang aber nicht viel. Das sprachgestörte Kind wird zur Logopädie geschickt, nur 10% profitieren,

90% sind unter dem unveränderten Milieueinfluss in den Familien therapieresistent. Verhaltenstherapie und Medikation von ADHS-Symptomen bleiben ineffektiv. Viele Studien haben gezeigt, dass die Medikalisierung von sozialen Störungsbildern keinen messbaren Erfolg bringt. Armutsbedingte mangelnde Teilhabe und Erziehungsinsuffizienz dominieren.

### Vernachlässigte Bildung:

Nur 10% der Kinder aus Armutsverhältnissen gehen zum Gymnasium laut der KIGGS-Studie. 10% verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss. In der sogenannten Jugendbilanz steckt das Land NRW jedes Jahr nahezu 3 Milliarden Euro in die Finanzierung von *tertiärer Prävention*, Inobhutnahme und Arrestierung, Geld, was sinnvoller in die Frühförderung und Begleitung im Kleinkindesalter eingebracht wäre. Kindergeld, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss, Mindestlohn, andere Sozialgelder – all das kann ganz offensichtlich nicht ausreichend gegen vernachlässigte Bildung, Verschleuderung von kindlichen Talenten und tiefgreifende Verhaltensstörungen wirksam sein. Wo bleiben die Kinderrechte?

### 1 Dollar ergibt 17 Dollar

Eine Studie 2018 in den USA vor der Coronapandemie zeigte, dass 1 Dollar für frühkindliche Förderung einen *return of investment* von 17 Dollar – 14 für die Gesellschaft und 3 für die Betroffenen – ergibt. Nach SGB VIII §1 hat jedes Kind das *Recht auf Förderung der Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit*. Dazu ist der Ausbau der Frühen Hilfen, der Kleinkinderbetreuungen und Familienzentren notwendig, zusätzlich Intensivierung von niederschweligen Beratungs- und Begleitungsangeboten für Alltagsprobleme der Familien wie z.B. durch den Kinderschutzbund unter gleichzeitig besserer Vernetzung mit Vereinen der Kinder- und Jugendhilfe sowie kommunaler Sozialdienste.

Dr. Wolfgang Müller,

Kinderschutzbund Ortsverband Mönchengladbach

# Zeit für ein Update

## Warum Deutschland jetzt eine gerechtere Steuerpolitik braucht

Steuern und Beiträge finanzieren das Gemeinwesen und sichern den Wohlstand in Deutschland so gut wie in nur wenigen anderen Ländern der Welt. Das Steuersystem sorgt dafür, dass sowohl Menschen mit hohen Arbeitseinkommen als auch erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer in kleinen und mittelständischen Betrieben einen großen Beitrag leisten.

### Gerechtigkeitslücken bei der Besteuerung von Vermögen und Vermögenseinkommen

Allerdings bestehen gravierende Gerechtigkeitslücken bei der Besteuerung von Vermögen und Vermögenseinkommen. Eigentümer großer Konzerne, Immobilienmultimillionäre und Erben von erheblichen Vermögen zahlen häufig zu wenig Steuern. Unser Steuersystem versagt ausgerechnet bei den Superreichen. Das Aussetzen der Vermögensteuer und weitere Steuerreformen der vergangenen Jahrzehnte haben dazu geführt, dass Multimillionäre und Milliardenäre mittlerweile nur halb so hohe Steuer- und Abgabensätze zahlen wie die breite Mitte der Gesellschaft, die hauptsächlich von ihrem Arbeitseinkommen lebt. Nicht zuletzt deshalb konnten sich die Vermögen von Superreichen ungeachtet der vergangenen Krisen immer weiter vergrößern. Seit 2001 sind die 100 größten deutschen Vermögen um rund 500 Milliarden Euro gewachsen.

### Tatsächlich sind die Vermögen und damit die Kontrolle über wirtschaftliche Ressourcen in kaum einem anderen Land so ungleich verteilt wie hier.

In einer Gesellschaft mit begrenzten Ressourcen bedeutet die finanzielle Erweiterung für Einzelne oder Unternehmen in der Regel eine Einschränkung für andere. Trotz des Wachstums der größten Privatvermögen blieben in den vergangenen Jahrzehnten wichtige Zukunftsinvestitionen für die Allgemeinheit aus. Infrastruktur, Wirtschaft und Daseinsvorsorge müssen dringend zukunftsfähig gemacht werden. Um die gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen, ist eine gerechtere Verteilung und ein effizienterer Einsatz der vorhandenen Ressourcen notwendig. Wenn die breite Arbeitnehmerschaft nicht stärker belastet werden soll, müssen die Reichen einen deutlich höheren Beitrag leisten.

Ein Update des Steuersystems könnte entscheidend dazu beitragen. Doch wie könnte das konkret aussehen?

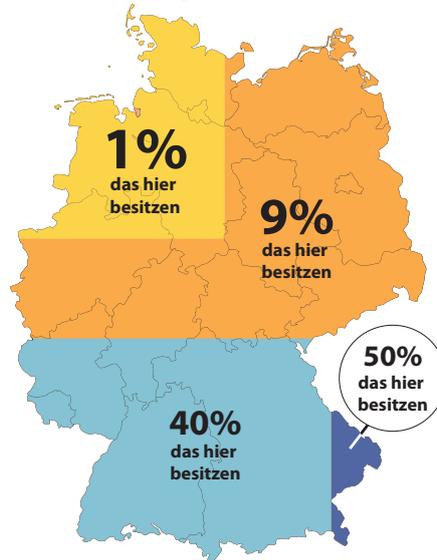
### Vermögensteuer für Superreiche

Ein zentraler Schritt wäre zunächst die Einführung einer Steuer auf die Vermögen von Superreichen. Eine Steuer von 2 Prozent auf Vermögen jenseits von 50 oder 100 Millionen

Euro kann sicherstellen, dass auch die reichsten Teile der Bevölkerung einen fairen Beitrag leisten. Ihr Abgabensatz würde dann dem der breiten Mitte der Gesellschaft entsprechen.

Auch international wächst derzeit die Einsicht, dass niedrige Steuern für Hochvermögende und ihre Unternehmen die soziale Ungleichheit weiter verschärfen. Im Jahr 2024 verständigten sich die G20-Staaten erstmals darauf, sich für eine wirksame Besteuerung der Superreichen einzusetzen. Doch Deutschland muss nicht auf eine global koordinierte Vermögensteuer warten. Die Voraussetzungen sind längst gegeben: Das Grundgesetz erlaubt ausdrücklich die Einführung einer Vermögensteuer, und Steuerflucht wird durch die deutsche Wegzugsteuer effektiv eingeschränkt.

Wenn die Fläche Deutschlands so aufgeteilt wäre wie die Vermögen, dann würden ...



### Keine pauschalen Unternehmenssteuersenkungen

Diesem Trend entgegen fordern derzeit Lobbyorganisationen sowie konservative und liberale Stimmen pauschale Steuersenkungen für Unternehmen. Davon würden jedoch besonders Hochvermögende profitieren, weil ihre Unternehmen Gewinne einfahren. Steuersenkungen auf Gewinne, unabhängig davon, ob sie investiert werden oder nicht, sind weder zielführend noch wirtschaftlich sinnvoll. Sie führen zu Steuerausfällen und verhindern damit dringend notwendige Investitionen. Stattdessen könnten gezielte Maßnahmen wie zeitlich befristete Sonderabschreibungen Investitionen in nachhaltige Technologien, sozialen Wohnungsbau und digitale Infrastruktur lenken.

### Abschaffung des Ehegattensplittings

Auch im Bereich der Einkommensbesteuerung besteht Handlungsbedarf. Die Abschaffung des Ehegattensplittings wäre ein Schritt zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und würde das Arbeitskräftepotenzial vieler Frauen stär-

ken. Die dadurch erzielten öffentlichen Mehreinnahmen im zweistelligen Milliardenbereich könnten in Kinderbetreuungsangebote investiert werden.

### Reform der Immobilienbesteuerung

Schließlich müssen die Steuerregeln für Immobilien dringend überarbeitet werden. Zahlreiche Privilegien, die spekulativen Besitz begünstigen, treiben die Preise in die Höhe und erschweren den Zugang zu Wohneigentum. Diese Regelungen sollten gestrichen werden.

### Einführung einer Übergewinnsteuer

Ein zukunftsfähiges Steuersystem muss sicherstellen, dass die Macht weniger Großkonzerne nicht weiter wächst. Immer größere Anteile der Wertschöpfung werden von wenigen global agierenden und hochprofitablen Unternehmen kontrolliert. Ein Teil ihrer enormen Renditen resultiert nicht aus außergewöhnlichen unternehmerischen Fähigkeiten, sondern aus ihrer Marktmacht. Daher sollte eine zusätzliche Steuer auf untypisch hohe Monopolgewinne – sogenannte Übergewinne – eingeführt werden, um die Marktwirtschaft und den Wettbewerb stärken – auch zugunsten des deutschen Mittelstands.

### Steuerprivilegien bei der Erbschaftsteuer streichen

Wenn diese Regeln allesamt umgesetzt werden, könnte der Wohlstand in Deutschland gerechter verteilt und einer zunehmenden Vermögenskonzentration entgegengewirkt werden. Die Vermögen der Superreichen würden dadurch allerdings nicht abgebaut, sondern lediglich langsamer wachsen. Deshalb muss eine effiziente Erbschaft- und Schenkungsteuer sicherstellen, dass sich Deutschland nicht immer weiter zu einer Erbesellschaft entwickelt. Das deutsche Erbschaftsteuersystem hat große Gerechtigkeitsdefizite. Besonders große Erbvermögen werden derzeit besonders niedrig besteuert, und ausgerechnet die Erben von Milliardenvermögen müssen kaum Steuern zahlen. Um das zu ändern, müssen insbesondere die Steuerprivilegien für Unternehmenserben abgeschafft werden. Die Erben können die Steuern über viele Jahre aus den Unternehmensgewinnen abbezahlen – ebenso wie Nichterben, die ein Unternehmen gründen, ihren Kredit abbezahlen.

Das Steuersystem allein kann nicht alle gegenwärtigen Probleme lösen, aber es ist ein entscheidendes Werkzeug für mehr Gerechtigkeit und die dringend notwendige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist Zeit für eine Neuausrichtung der Steuerpolitik – für mehr Chancengleichheit, soziale Stabilität und eine nachhaltige Zukunft.

Julia Jirmann, Netzwerk Steuergerechtigkeit

# Wohnen macht arm

## Warum wir zur Wohnungsgemeinnützigkeit zurückkehren müssen

Steigende Mieten galten längere Zeit als ein Problem der Menschen in Städten wie München, Berlin, Düsseldorf oder Köln. Das Problem ist jedoch längst bei uns angekommen – auch in Mönchengladbach. Die stark ansteigenden Kosten des Wohnens werden immer stärker zu einem Treiber von Armut. Immer mehr Menschen rutschen ab in die Armut – die Wohnarmut.

### Kleine Änderung mit fataler Wirkung auf den Wohnungsmarkt

Manchmal sind es kleine politische Entscheidungen, die große Entwicklungen auslösen. Eine solche auf den ersten Blick unbedeutend erscheinende Entscheidung, war die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit im Jahr 1990.

Dabei war diese Änderung alles andere als unbedeutend. Die Wohnungsgemeinnützigkeit war in Deutschland über 120 Jahre der Motor für die dauerhafte Bereitstellung von günstigen Wohnungen gewesen. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen wurden steuerlich gefördert, wenn sie sich dazu verpflichteten, dauerhaft preiswerten sozialen Wohnraum bereitzustellen. Ihre Überschüsse investierten sie in den Erhalt des Bestandes und die Schaffung neuen günstigen Wohnraums.

Diese Gesellschaften schufen in Deutschland bis 1990 einen großen Bestand günstiger Wohnungen. Etwa 60 %, der Sozialwohnungen waren damals von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen errichtet worden. In Großstädten stellten sie bis zu einem Drittel des Angebots der Mietwohnungen. Mit einem Bestand von 3,3 Millionen Wohnungen spielten sie bei der Begrenzung der Preisentwicklung eine entscheidende Rolle durch Mieten, die 10 bis 30 % unterhalb der Marktmiete lagen.

Mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 wurden die Wohnungsbaugesellschaften gewinnorientierten Unternehmen gleichgestellt. Sie verloren ihre steuerlichen Privilegien. (Die einzige Ausnahme waren die Vermietungsgenossenschaften, die ihren Mitgliedern vergünstigte Wohnungen zur Verfügung stellen.) Der überwiegende Teil des öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbestandes wurde in den Folgejahren an gewinnorientierte Gesellschaften verkauft. Sie hatten jedoch nicht den Zweck möglichst günstige Wohnungen anzubieten und neue günstige Wohnungen zu bauen. Sie hatten und haben den Zweck möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften.

Es setzte die verheerende Entwicklung ein, die wir heute beklagen. Sozialer Wohnungsbau wurde seit den 90er Jahren kaum noch betrieben. Im Jahr 1990 gab es noch 2,87 Mio. Sozialwohnungen in Deutschland – 2022 waren es nur noch 1,09 Millionen. Je mehr Wohnungen aus der Preisbindung fielen, desto höher wurden die Mieten im Wohnungsmarkt. Infolgedessen stiegen nicht nur die Mieten für Wohnungen, son-

dern auch die Immobilienpreise seit den 90er Jahren enorm an. Mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit wurde im Jahr 1990 eine Lawine losgetreten, die immer noch rollt.

### Stark ansteigende Mieten in Mönchengladbach

Diese Entwicklungen lassen sich auch in Mönchengladbach nachvollziehen. In den letzten zehn Jahren werden die verheerenden Folgen aber immer offensichtlicher. Der Mittelwert der Wohnungsmieten in Mönchengladbach ist von 2016 bis 2024 um 49,4% von 5,99 Euro auf 8,95 Euro pro qm gestiegen. Der Mittelwert der Mieten ist jedoch nicht der Preis für den man eine Wohnung anmieten kann. Die Mieten, die aktuell auf dem Wohnungsmarkt verlangt werden findet man in den Angebotsmieten. Der Durchschnitt der Angebotsmieten stieg in Mönchengladbach von 9,87 Euro im Jahr 2018 auf 12 Euro im Jahr 2023.

Für die meisten Menschen ist diese enorme Preissteigerung ein großes Problem. Einen immer größeren Teil ihres Einkommens müssen sie für ihre Miete aufwenden. Dramatisch wird die Situation mitunter, wenn man gezwungen ist, nach vielen Jahren umzuziehen. Wenn beispielsweise eine Seniorin die Treppen nicht mehr bewältigen kann, benötigt sie eine Wohnung auf Parterre oder in einem Haus mit Aufzug. Es ist aber extrem schwierig, eine passende Wohnung zu finden – vor allem eine, die sie von ihrer Rente bezahlen kann. Selbst wenn sie eine neue Wohnung findet, ist sogar eine wesentlich kleinere deutlich teurer, als die bisherige. Der Wohnungsmarktbericht 2023 der Stadt Mönchengladbach zeigt diese Entwicklung deutlich auf – beispielsweise in Hinblick auf die Steigerung der Haushalte, die auf Wohngeld angewiesen waren:

„Die Zahl der wohngeldbeziehenden Haushalte lag Ende 2023 bei 4.163, was einer Steigerung von 74 % gegenüber 2022 (2.434) entspricht. Der durchschnittliche Betrag pro Fall stieg um rund 46 % und lag im vergangenen Jahr 2023 bei 332,04 Euro/Monat (2022: 227,27 Euro/Monat).“ Die Reform des Wohngeldes 2022 hat zwar zu dieser starken Steigerung beigetragen. Sie kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer mehr Haushalte staatliche Mietkostenzuschüsse benötigen, damit das Einkommens noch für das Allernotwendigste reicht – für Essen oder Kleidung – und oft reicht es dafür kaum.

### Steigendes Armutsrisiko durch Mieten

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat im Dezember 2024 das verfügbare Einkommen in Deutschland nach kreisfreien Städten und Kreisen berechnet. Dabei hat es neben dem durchschnittlichen nominalen Einkommen das Preisniveau inklusive der Mieten berücksichtigt. Es zeigte sich, dass Mönchengladbach auf Rang

330 von 400 liegt. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass das verfügbare Einkommen beispielsweise in Köln (Rang 352) niedriger ist als in Mönchengladbach – und das obwohl das Durchschnittseinkommen höher ist. Grund ist das hohe Preisniveau in Köln, das wesentlich durch die Mieten in der Domstadt in die Höhe getrieben wird. Die Menschen in Köln sind nach Abzug der Miete ärmer als in Mönchengladbach.

**Mieten bestimmen immer stärker, wie viel Geld zum Leben bleibt. Viele Haushalte geben inzwischen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten aus – manche sogar mehr als die Hälfte. Die steigenden Mieten sind zu einem Treiber von Armut geworden.**

Der Paritätische Gesamtverband hat im Dezember 2024 die Armutsquoten in Deutschland neu berechnet. Er hat nicht nur wie üblich die Höhe des Einkommens berücksichtigt, sondern auch die Kosten für das Wohnen einbezogen. Deutlich mehr Menschen als bisher angenommen leben demnach in Armut, wenn die Wohnkosten eingerechnet werden. Sie leben in **Wohnarmut**. Die steigenden Mieten belasten vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen überdurchschnittlich.

Von Wohnarmut betroffen sind insgesamt 21,2 % der Bevölkerung in Deutschland (17,5 Millionen Menschen). Bezieht man die Wohnkosten mit ein, gibt es in Deutschland 5,4 Millionen mehr Armutsbetroffene als nach konventioneller Berechnung. In Nordrhein-Westfalen leben sogar 24,2 % der Bevölkerung in Wohnarmut (4,3 Millionen Menschen).

Am stärksten betroffen sind Menschen ab 65 Jahren (27,1 % Armutsquote), junge Erwachsene (31 % Armutsquote), Alleinerziehende (36 % Armutsquote), Alleinlebende (37,6 % Armutsquote – Alleinlebende im Rentenalter sogar 41,7 %) und Erwerbslose (61,3 % Armutsquote). Bezieht man die Ergebnisse des Armutsberichtes 2023 in die Beurteilung mit ein, so lässt sich feststellen, dass seit 2014 die Altersarmut in Deutschland zugenommen hat. Davon sind Frauen im Rentenalter stärker betroffen als Männer. Neben Erwerbslosen und Alleinerziehenden zählen alleinlebende Frauen im Rentenalter inzwischen zu einer der am stärksten von Armut betroffenen Gruppen in der Bevölkerung.

„Wohnen entwickelt sich mehr und mehr zum **Armutstreiber**“, erklärte Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. „Die Schere geht durch die steigenden Wohnkosten immer weiter auseinander.“

## Was hilft gegen Wohnarmut?

Der Schaden auf dem Wohnungsmarkt ist durch politische Fehlentscheidungen der letzten 30 Jahre angerichtet. Das Werk von über 120 Jahren sozialer Wohnungspolitik wurde in drei Jahrzehnten weitgehend zerstört. Dieser Schaden lässt sich nur schwerlich – und schon gar nicht auf die Schnelle – beheben.

Dass der Wohnungsmarkt nicht den Gesetzen des Marktes gehorcht, ist eigentlich in der Volkswirtschaftslehre seit langem bekannt. Er wird als unvollkommener Markt beschrieben. Er reguliert sich nicht ohne staatliche Einflussnahme. Ansonsten entstehen soziale und volkswirtschaftliche Folgeschäden. Die Frage ist, welche staatlichen Maßnahmen zielführend sind. Es gibt einen bunten Strauß an Vorschlägen, die dazu führen sollen, die Mietpreisentwicklung zu bremsen. Einzelne Vorhaben werden für sich nicht zu einer Lösung führen. Wenn dies gelingen soll, müssen zahlreiche staatliche Maßnahmen ineinandergreifen.

**Manche schlagen die Erhöhung des Mindestlohnes, die Ausweitung kinderbezogener Leistungen, die Erhöhung des Wohngeldes, des Bafög, des Bürgergeldes und der Renten zur Lösung des Problems vor.** Diese Maßnahmen sind überaus sinnvoll, um dafür zu sorgen, dass gerade von Armut bedrohte Menschen mehr Geld im Portemonnaie haben. Das hätte sozial- und wirtschaftspolitisch viele positive Effekte. Würde aber die Steigerung der Kaufkraft des ärmeren Teils der Bevölkerung die Steigerung der Mieten aufhalten? So begrüßenswert diese Erhöhungen auch sind, sie leisten für sich genommen keinen direkten Beitrag die verheerende Mietpreisentwicklung zu bremsen.

**Die Mietpreisbremse oder ein Mietpreisdreidel werden vielfach als geeignete Instrumente genannt die Preisentwicklung zu stoppen.** Der Impuls ist verständlich nach staatlicher Preisregulierung zu rufen, weil die hohen Preissteigerungen als extrem ungerecht empfunden werden. Ohne Frage hätten solche Regulierungen eine gewisse bremsende Wirkung. Ist es jedoch sinnvoll, dauerhaft ein Marktgeschehen über staatliche Kontrolle zu regulieren? Oder geht es am Ende aus, wie das Rennen zwischen Hase und Igel?

**Das alte Modell basierte darauf, dass in Großstädten ein ausreichend großer Bestand an günstigen Wohnungen in gemeinnütziger, genossenschaftlicher oder öffentlicher Hand war.** Sie boten Wohnungen unterhalb der Durchschnittsmieten an. Dadurch wurde die Entwicklung aller Mieten gebremst. Es war ein marktwirtschaftlicher Mechanismus, der uns günstige Mieten garantierte. Letztlich müssen wir zu diesem Modell zurückkehren, wenn wir den rasanten Steigerungen der Mieten Einhalt gebieten wollen. Die Bundesregierung hat 2024 die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder eingeführt. Das war eine vernünftige Entscheidung. Sie schafft eine Voraussetzung für kommende Verbesserungen. Die Wiedereinführung



der Wohngemeinnützigkeit allein führt jedoch noch nicht zu einer Verbesserung der Situation.

**Im Grunde sind sich alle einig, dass in Großstädten wieder mehr preisgebundene Wohnungen gebaut werden müssen.** So fordert es auch der Wohnungsmarktbericht 2023 der Stadt Mönchengladbach: „Vor dem Hintergrund des drastischen Rückgangs des Bestandes an öffentlich geförderten Mietwohnungen um rund 25 % in den letzten Jahren und der prognostizierten Halbierung des Bestandes bis 2030 ist ein erheblicher Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen erforderlich.“

Insbesondere in wachsenden Großstädten wie Mönchengladbach ist der **Neubau von günstigem Wohnungen im großen Umfang** ein wesentlicher Baustein, um die Preissteigerung der Mieten zu begrenzen. Der Neubau allein wird jedoch vielerorts nicht ausreichen, um wieder einen Bestand an günstigen Wohnungen aufzubauen, der geeignet ist, die Mietpreisentwicklung zu bremsen. Allein auf den Neubau in einem solchem Umfang zu setzen, wäre weder wirtschaftlich noch ökologisch sinnvoll. Um eine Marktwirksamkeit zu erreichen, müssten größere Teile, der in den letzten Jahrzehnten veräußerten Wohnungsbestände, durch die gemeinwohlorientierten Gesellschaften erworben werden.

**Damit der Neubau und der Kauf von Wohnungen in erforderlichem Umfang möglich werden, braucht es eine finanzielle Unterstützung des Bundes für Wohnungsbaugenossenschaften** sowie für gemeinnützige und kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Steuerliche Vergünstigungen und zinslose Kredite mit langen Laufzeiten wären wichtige Bestandteile der Förderung. In Hinblick auf Energieeffizienz, Klimafolgenanpassung und Barrierefreiheit wären weitere Bundesprogramme erforderlich. Der örtlichen Ebene sollte beim Bau und dem Kauf von günstigen Wohnungen eine Schlüsselrolle zukommen. Die Situation auf den loka-

len Wohnungsmärkten ist viel zu unterschiedlich, als dass eine bundesweite Steuerung sinnvoll wäre. Manche Kommunen haben einen vergleichsweise großen Bestand an genossenschaftlichen oder kommunalen Wohnungen. In anderen Städten gibt es ihn nicht oder kaum. Manche Städte wachsen deutlich – andere schrumpfen. Die Rezepte sollten daher immer von den lokalen Gegebenheiten ausgehen.

**Es sind also die Kommunen, denen eine zentrale Planungs- und Steuerungsfunktion beim Neubau und dem Kauf von günstigem Wohnraum zukommt.** Sie ist die staatliche Einheit, die die lokale Situation am besten kennt. Sie kann am besten beurteilen, welche gemeinwohlorientierten Akteure des lokalen Wohnungsmarktes geeignet sind, dauerhaft günstigen Wohnraum bereitzustellen. Unsere Kommunen sind derzeit aber dazu nicht in der Lage. Sie ächzen unter Altschulden und Kosten der Aufgaben, die ihnen das Land und der Bund immer mehr aufbürden.

Die wirtschaftliche Stärkung der Finanzkraft der Kommunen ist daher eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sie ihre Rolle bei der Begrenzung der Mietpreisentwicklung ausüben können. Die Übernahme der Altschulden der Kommunen durch den Bund wäre ein erster Schritt bei der Wiederherstellung ihrer Handlungsfähigkeit.

**Finanzierbar sind solche und weitere Investitionen in die öffentliche und gemeinnützige Infrastruktur allemal. Sie stärken letzten Endes nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern auch die Wirtschaftskraft unseres Landes.**

Volkswirtschaftliche Gutachten zur Notwendigkeit und Machbarkeit von staatlichen Investitionen gibt es zur Genüge – wie das vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) vom Mai 2024, das Investitionen in die Infrastruktur in Höhe von 600 Milliarden Euro in den kommenden Jahren empfiehlt. Wer nach Kürzung der staatlichen Ausgaben ruft, hat den Schuss noch nicht gehört. Wer weiter in der öffentlichen Infrastruktur und im Sozialen sparen will, würgt die Wirtschaft ab und treibt einen Raubbau an den kommenden Generationen.

Eine Begrenzung der Mietpreisentwicklung ist kein einfaches und kurzfristiges Unterfangen. Einen Schaden, der über drei Jahrzehnte angerichtet wurde, behebt man nicht durch ein paar Beschlüsse. Selbst wenn der Bau von Sozialwohnungen wieder steigen sollte und bereits morgen erste Gebäude wieder durch gemeinwohlorientierte Akteure gekauft würden, würde es Jahre dauern, bis die positiven Effekte sich in stabilisierenden Mieten und Immobilienpreisen niederschlagen würden. Es ist jedoch an der Zeit endlich damit zu beginnen. Vorfahrt für Wohnungsgemeinnützigkeit!

Marko Jansen, Der Paritätische Mönchengladbach

# Armut und Kinderarmut in Mönchengladbach

„Ein zentrales Versprechen unserer Demokratie ist es, allen Menschen ein Mindestmaß an Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Dies gilt für soziale Aktivitäten und das kulturelle Leben ebenso wie für politische Teilhabe. ...

Menschen in Armut sind dabei mit sehr unmittelbaren Einschränkungen ihrer materiellen Teilhabe konfrontiert: Jede\*r Zehnte unter ihnen kann es sich nicht leisten, abgetragene Kleidung durch neue zu ersetzen. 17 Prozent von Ihnen müssen ihre sozialen Aktivitäten einschränken, weil sie nicht ins Kino oder zu anderen Veranstaltungen gehen können.“<sup>1</sup>

Laut Statistischem Bundesamt gilt „eine Person ... in der Europäischen Union (EU) als **Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht**, wenn mindestens eine der folgenden drei Bedingungen zutrifft:

Ihr Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze,

ihr Haushalt ist von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen

oder sie lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung.

Für jede dieser Lebenssituationen kann jeweils der Anteil der Betroffenen an der Bevölkerung ermittelt werden.

**Im Jahr 2023 war etwa jede siebte Person** (14,3 % der Bevölkerung oder knapp 12 Millionen Menschen) in Deutschland armutsgefährdet. Im Jahr 2022 hatte die Armutsgefährdungsquote 14,8 % betragen.<sup>2</sup>

Sofern sich Personen im erwerbsfähigen Alter befinden und wenn Kinder im Haushalt leben, erhält dieser Personenkreis ehemals **Hartz-IV** und seit 2023 **Bürgergeld**.

Als Indikator gilt die **SGB-II-Quote**, die auf kommunaler Ebene zur Abschätzung des Armutspotenzials herangezogen wird. In Mönchengladbach muss man seit Jahren einen verfestigten Bestand an Leistungsberechtigten im Rechtskreis SGB II feststellen. Während für NRW im Oktober 2023 eine SGB-II-Quote von durchschnittlich 10,9% ausgewertet wurde, lag die SGB-II-Quote in Mönchengladbach bei 15,9% und ist gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben. Mönchengladbach belegt hinter Gelsenkirchen, Dortmund, Essen, Duisburg, Herne, Hagen, Oberhausen und Wuppertal den neunten Rang im NRW-weiten „Negativ-Ranking“.

Bedeutsame Faktoren für den Bürgergeldbezug sind geringe Lohnleistungen, die den (Familien-)Unterhalt nicht ausreichend sichern, Langzeitarbeitslosigkeit, mangelnde Ausbildung/Qualifikation, Sorgearbeit für zu pflegende Angehörige und die Situation Alleinerziehender. Jeder Haushalt wird nach Gesetzeslage als **Bedarfsgemeinschaft** betrach-

## „Kinderarmut ist Familienarmut“

Christoph Butterwegge,  
Armutsforscher

tet, auch wenn sich dieser nur aus einer Person ergibt.

UNICEF weist ebenso wie der Beitrag von Dr. Müller in diesem Bündnisbrief („Kinderarmut – ein schlechter Start ins Leben“, Seite 2) darauf hin, dass Kinder, die dauerhaft oder immer wieder in Armut leben müssen, mehr als doppelt so häufig soziale und emotionale Verhaltensauffälligkeiten zeigen. Viele von ihnen weisen einen geringeren Wortschatz auf und erkranken häufiger an Depressionen als Kinder, die in Wohlstand aufwachsen.<sup>3</sup>

### In Mönchengladbach

Generell ist ein Ergebnis der Recherche zur lokalen Kinderarmut, dass die Jobcenter und die Stadtverwaltung wohl mit unterschiedlichen Kategorien, Kriterien und Zeitkorridoren bei der Präsentation der Kinderarmut arbeiten. Eine Anfrage hinsichtlich der Wirksamkeit von Maßnahmen wurde seitens einer Mitarbeiterin der Stadt MG so beantwortet: „wie bereits dargestellt, gibt es sehr viele, nicht eindimensionale Maßnahmen, die auch auf das Ziel Kinderarmut abzubauen und zu vermeiden abzielen. Eine Wirkungsanalyse hierzu ist auf kommunaler Ebene nicht möglich und kann nicht zur Verfügung gestellt werden.“

Daher können im Kontext dieses Beitrags nur einige Eckpunkte genannt werden, die sich auf Informationen des Jobcenters und der Stadt beziehen.

23,1 % aller Kinder unter 3 Jahren waren im Oktober 2023 auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen – vgl. NRW 15,3 %.

Die eingangs schon erwähnte SGB-II-Quote der unter 18-jährigen gibt Aufschluss über das Armutspotenzial bei Kindern und Jugendlichen. Während in NRW zum Stand Oktober 2023 eine durchschnittliche SGB-II-Quote der unter 18-jährigen von 16,9% registriert wurde (Vorjahr: 17,1%), lag diese in Mönchengladbach bei 24,9%<sup>4</sup> (2016: 32,1 %).

So ergeben sich Diskrepanzen in den Zahlen, die eine Vergleichbarkeit mindestens einschränken.

Insgesamt gibt es 51.865 Kinder und Jugendliche in Mönchengladbach zum Jahresende 2023.

„Von den 12.506 Kindern unter 18 Jahren in

Bedarfsgemeinschaften sind 5.012 ausländischer Herkunft. Die Zahl der Kinder ist gegenüber dem Vorjahr um 5,4% gestiegen, der prozentuale Anteil an ausländischen Personen unter 18 Jahren ist gegenüber dem Vorjahr von 35,6% auf 40,1% angestiegen (Stand: Juni 2023). Diese Veränderung ist auf die Aufnahme der geflüchteten Kinder aus der Ukraine zurückzuführen.

9.891 Kinder unter 15 Jahren sind im SGB-II-Leistungsbezug (Juni 2023). Diese Kinder, für die, solange sie unter 15 Jahren sind, Bürgergeld gezahlt wird, werden mit Erreichen des 15. Geburtstages überwiegend zu erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ihnen wird der Status der Arbeitslosigkeit zugewiesen. Dies ist unter anderem durch einen fehlenden Schul- oder Ausbildungsabschluss bedingt.“<sup>5</sup>

Die Diskrepanz zwischen Jobcenter und Stadt wird in der deutlich abweichenden Bezugsgröße deutlich – bei der Frage der Leistungsberechtigten liegt diese bei der Stadt mit 14.982 Leistungsberechtigten deutlich höher als beim Jobcenter mit 12.506 Kinder bis 18 Jahre, die leistungsberechtigt sind.<sup>6</sup>

Wie oft wird das Teilhabepaket genutzt?					
Berechtigte unter 25 Jahre	2019	2020	2021	2022	2023
		12.817	15.930	15.303	14.613

Anträge für:					
Klassenfahrten	3.175	693	763	2.354	2.486
Schulbedarfspaket	15.983	15.479	15.118	14.745	15.219
Schülerbeförderung	20	145	123	110	25
Lernförderung	1.333	8.107	7.660	7.815	7.572
Mittagsverpflegung	3.253	27.954	27.409	30.168	33.310
sozio-kulturelle Teilhabe	1.483	6.642	4.523	6.302	7.432
<b>Summe der Anträge:</b>	<b>25.247</b>	<b>59.020</b>	<b>55.596</b>	<b>61.494</b>	<b>66.044</b>
<b>Anträge pro Person:</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>

Einen kleinen Einblick in Fördermaßnahmen für Kinder in armutsbetroffenen Haushalten gibt die Tabelle, die auf Fallzahlen und einige Angebotsformen der Förderung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets hinweisen. Durch diese Leistungen soll das menschenwürdige Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen sowie von Schülern im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe und Bildungsteilhabe sichergestellt werden. Wie bei der Diskussion zur Kindergrundsicherung im vergangenen Jahr wird auch hier deutlich, dass eine antragsbezogene Einzelförderung, die hier wohl erforderlich ist, weiter erhebliche Teile der Anspruchsberechtigten zurücklässt, da Eltern vielfach nicht über die Kenntnisse der Fördermöglichkeiten verfügen oder das Antragsverfahren so kompliziert ist, dass es abschreckt. ▶

<sup>1</sup> <https://www.boeckler.de/de/newsletter-hans-34382-wsi-verteilungsbericht-soziale-teilhabe-in-gefahr-64857.htm>

<sup>2</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23\\_190\\_63.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23_190_63.html)

<sup>3</sup> <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/report-card-18-kinderarmut/344084>

<sup>4</sup> Bericht des Jobcenters MG aus April 2024 - Entwicklung der Kundenbestände 2023/2024 2.1 Jahresendwerte 2023

<sup>5</sup> Bericht des Jobcenters aus April 2024 – Der letzte Satz des Zitats ist angesichts einer Schulpflicht bis 18 Jahren eher irritierend. Es ist eine Setzung es Gesetzgebers. Bei einem Regelschulbesuch sind mit Haupt- oder Realschule die Heranwachsenden bereits 16 Jahre.

<sup>6</sup> Aus: Bericht über das Fach- und Finanzcontrolling der Fachbereiche Soziales und Wohnen (FB 50) und Altenhilfe (FB 58) für das Berichtsjahr 2023

„Kinderarmut ist Familienarmut“ so formulierte der Armutsforscher Christoph Butterwegge bei einer Veranstaltung des Bündnisses im Oktober 2024. Ein Augenmerk gilt daher auch Alleinerziehenden, deren Lebenssituation als besonders armutsgefährdet gilt:

„Im November [2023] hat das Jobcenter 3.475 Alleinerziehende betreut. Im Vorjahr waren es 3.549 Alleinerziehende. 41,1% der Alleinerziehenden befinden sich im Status arbeitslos, 73,7% von den Alleinerziehenden sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung. 20% der leistungsberechtigten Alleinerziehenden ver-

fügen über Einkommen aus Erwerbstätigkeit, das jedoch nicht für den Lebensunterhalt ausreicht.“<sup>7</sup>

Resümierend lässt sich feststellen, dass es bislang von verschiedenen politischen Ebenen veranlasste Gesetze gibt, eine systematische Bearbeitung der Kinderarmut aber nicht erkennbar ist. Die Frage muss erlaubt sein: Gibt es überhaupt ein Interesse, Kinderarmut abzubauen und zu verhindern?

Für die Gruppe der Alleinerziehenden ist zudem erheblich, dass sie einem mehrfachen gesellschaftlichen Druck ausgesetzt ist: die Kinder

„vernünftig groß zu ziehen“ bei gleichzeitig geringerer Wahrscheinlichkeit einen Kitaplatz zu bekommen und sich den gesellschaftlichen Anforderungen zu stellen, man wolle gar nicht arbeiten.

Für die Kinder aus ärmeren Haushalten kommt dann während der Schullaufbahn die durch vielfache Studien belegte Feststellung, dass die Lebenssituation und die Einschätzung von Schule und Lehrern eine geringere Förderung auslösen und Kinder so zu einem deutlich geringeren Prozentanteil hinsichtlich der Qualität der Schulabschlüsse die Schule verlassen können.

Hermann-Josef Kronen

7 Bericht des Jobcenters MG

## Kein Geld, keine Stimme

### Bestimmt das Vermögen über die politische Macht?

In einer Gesellschaft, in der Wohlstand oft nur für wenige erreichbar ist, stehe ich als erwerbsunfähiger Rentner an der unsichtbaren Grenze zwischen Hoffnung und Resignation. Als Teil einer Bürgergeldbedarfsgemeinschaft erlebe ich täglich die schmerzliche Realität der Armut – nicht nur als finanzielle Not, sondern als ein Gefühl der Ohnmacht, das mich von den Entscheidungen trennt, die mein Leben bestimmen.

Während die Preise steigen, bleibt die Höhe des Bürgergeldes 2025 unverändert – ein stummer Zeuge meiner stagnierenden Existenz. Die bevorstehende Bundestagswahl am 23. Februar weckt in mir längst keine Hoffnungen mehr auf Veränderung; vielmehr fühle ich mich wie ein Schatten in einer Gesellschaft, die sich nicht um die kümmert, die machtlos draußen stehen. Als Aktivist möchte ich meine Erfahrungen teilen und aufzeigen, wie es ist, in einem System zu leben, das die Stimme der Armen zum Schweigen bringt und sie in eine Ecke drängt, aus der es kein Entkommen gibt.

Die Bundestagswahl steht nun vor der Tür, ein entscheidender Moment für die politische Landschaft unseres Landes. Inmitten dieser Wahlkampfzeit möchte ich meine persönlichen Erfahrungen, sondern auch über die Herausforderungen sprechen, die mir vor Augen führen, wie weit entfernt das Leben in einer Bürgergeld Bedarfsgemeinschaft von der oft beschworenen „sozialen Hängematte“ ist. Für mich war und ist es nie eine Option, passiv zu bleiben. Stattdessen habe ich aktiv den Dialog gesucht und zahlreiche Medien angesprochen, um auf meine Situation aufmerksam zu machen. Ich hatte die Gelegenheit, in der politischen Talkshow „hart aber fair“ (ARD) sowie in der ZDF-Sendung „Terra Xplore: Wenn das Geld nicht reicht – was macht Armut mit uns?“ über meine Erlebnisse zu berichten. Auch namhafte Zeitungen wie die Süddeutsche Zeitung und die junge Welt haben über mein Leben geschrieben. Um noch mehr Gehör zu finden, habe ich einen detaillierten Artikel über meine Situa-



tion verfasst und an 500 Politiker geschickt. Doch die Reaktionen darauf waren für mich eine einzige Enttäuschung – ein Spiegelbild der Ignoranz gegenüber den realen Herausforderungen, mit denen viele Menschen in ähnlichen Lebenslagen konfrontiert sind.

Meine Gespräche mit den Büros der Bundestagsabgeordneten waren ernüchternd. Es ist kaum zu fassen, wie oft ich auf taube Ohren gestoßen bin. Die Wahlkreismitarbeiterinnen schienen mehr daran interessiert zu sein, mich schnell abzuwimmeln, als sich mit meinen Anliegen auseinanderzusetzen. Ihre Argumentation war stets dieselbe: Sie hätten keine Mittel, um sich mit den Problemen aus dem ganzen Land zu beschäftigen. Diese Aussage hat mich tief getroffen, denn sie zeigt eine besorgniserregende Abkoppelung von der Realität.

Als ich nach mehr Bürgergeld fragte – einer Unterstützung, die für viele von uns über-

lebenswichtig ist – wurde mir unmissverständlich klar gemacht, dass dies nicht leistbar sei. Auf meine fassungslosen Rückfragen reagierte eine Mitarbeiterin mit einem Satz, der mir bis heute im Gedächtnis geblieben ist: „Das Gespräch macht keinen Sinn.“ Diese Worte hallen in mir nach und lassen mich an der Ernsthaftigkeit der politischen Vertretung zweifeln.

Die Reaktionen aus der Politik sind für mich mehr als nur enttäuschend; sie sind alarmierend. In einem Land wie Deutschland sollte es selbstverständlich sein, dass Politiker den Dialog mit ihren Wählern nicht nur im Wahlkampf suchen und sich um deren Belange kümmern. Doch stattdessen fühle ich mich als armutsbetroffene Person ignoriert und abgewiesen. Ich frage mich ernsthaft: Was soll ich von einer Demokratie halten, die sich so weit von ihren schwächsten Mitgliedern entfernt hat? Wo bleibt das Verständnis für unsere Nöte und Sorgen? Es ist an der Zeit, dass wir diese Fragen laut stellen und einfordern, dass unsere Stimmen gehört werden. Menschen ohne Vermögen haben oft keinen Einfluss auf politische Entscheidung. Auch die Stigmatisierung der Schwächsten als Faulpelze ist nicht nur ungerecht, sondern auch gefährlich für den sozialen Zusammenhalt. Vor der Wahl habe ich Hoffnung, dass das Licht am Ende des Tunnels bald sichtbar wird und die Menschen aufstehen, um für eine gerechtere Zukunft zu kämpfen.

Die aktuell geforderte Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger ist kein Schritt in die richtige Richtung; sie ignoriert die wahren Bedürfnisse der Betroffenen. **Wir brauchen dringend ein Recht auf Arbeit, das existenzsichernde Löhne garantiert und echte Weiterqualifizierung ermöglicht.** Nur so können wir eine Gesellschaft schaffen, in der jeder Mensch die Chance hat, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten und seinen Platz zu finden. Es ist an der Zeit, dass wir gemeinsam für Veränderungen eintreten – für uns selbst und für kommende Generationen.

Thomas Wasilewski, Armutsaktivist,  
Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

# Armutsbetroffene beschließen Wahlprogramm: Warme Mahlzeit am Tag, Dach über dem Kopf und Krankenversicherung

Jedes Jahr organisiert die „Nationale Armutskonferenz“ (NAK) das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung. In der Berliner Zentrale der Diakonie Deutschland kamen mehr als 100 Engagierte zum 17. Treffen zusammen – um ein eigenes Wahlprogramm zu verabschieden. Denn sie wissen: Armen drohen Nullrunden, Sanktionen, steigende Preise, öffentliche Verleumdung. Aber: Jeder Mensch verdiene eine warme Mahlzeit am Tag, ein Dach über dem Kopf und eine Krankenversicherung, heißt es in der Pressemitteilung der NAK.

Dass das Wahlprogramm bei Politikern Gehör findet, bezweifeln viele der Anwesenden. „Wir werden die Prügelknaben im nächsten Wahlkampf sein“, befürchtet **Thomas Wasilewski**, der für eine Erhöhung des Bürgergelds in Düsseldorf klagt, gegenüber *Junge Welt*. „Man hat den Bürgergeldbezieher zum Feindbild gemacht.“ Gezielt erkläre man die „Schwächsten in dieser Gesellschaft“ für Missstände verantwortlich. Dass seit Jahren „auf den Sozialstaat mit dem Vorschlaghammer eingeschlagen“ werde, habe auch die Bevölkerung radikalisiert. Immer häufiger werde er beleidigt als „Parasit oder Asozialer“.

In der BRD leben 14,2 Millionen Menschen in Armut – fast 17 % der Gesamtbevölkerung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hatte in seinem Armutsbericht 2024 im März dokumentiert, wer besonders betroffen ist: Alleinerziehende, Haus-

halte mit drei oder mehr Kindern, Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen öfter als Männer. Auffällig: Nur jeder zwanzigste und immer weniger Armutsbetroffene sind erwerbslos. **Viele sind arm trotz Arbeit!**

Wie die Teilnehmer der Konferenz offenlegen, sind die Gründe für Armut vielfältig. Bei einem Pressegespräch am Freitag erklärte etwa **Gisela Breuhaus**, dass sie arm sei, weil sie jahrelang ihren Vater gepflegt und dafür kaum staatliche Leistungen erhalten habe. Diese Armut drohe angesichts des demographischen Wandels vielen.

**„Man hat Bürgergeldbezieher zum Feindbild gemacht.“**

**Karsten Dunzweiler** berichtete, dass er aufgrund vorübergehender Obdachlosigkeit Briefe der Versicherung nicht erhalten habe und bald darauf auf einem fünfstelligen Schuldenberg saß. Obendrein unterließen es Kommunen, Obdachlose zu melden. Dadurch entstehe ein fiktiver Schuldenberg. Die Folge: Verlust des Versicherungsschutzes. Erwerbsunfähigkeit, Frührente oder Entlassung im höheren Alter gaben andere an.



## Spart beim Populismus –

**Es ist erschreckend, dass auf einem Wahlplakat steht: „Schulden: Kinder haften für ihre Eltern.“**

Sollte es nicht vielmehr die Aufgabe der Eltern sein, ihren Kindern eine solide Grundlage für das Leben zu bieten? Dazu gehören gute soziale Verhältnisse, eine stabile familiäre Struktur, sicherer Wohnraum und verlässliche Bildung. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer schwierigen Phase. Nach einer Rezession im letzten Jahr sind die Prognosen für das laufende Jahr düster, mit einer möglichen weiteren Rezession. Die hohe Inflation verringert die Kaufkraft der Menschen und erhöht die Lebenshaltungskosten. Viele Menschen sind auf soziale Unterstützung angewiesen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Die Arbeitslosenquote bleibt hoch, und immer mehr Menschen benötigen staatliche Unterstützung, obwohl sie arbeiten. Diese wirtschaftliche Unsicherheit führt zu einer

Zunahme der sozialen Ungleichheit. Besonders Menschen mit niedrigem Einkommen sind von den steigenden Preisen betroffen und benötigen Unterstützung durch soziale Programme. Einsparungen bei sozialen Zwecken würden diese Ungleichheit weiter verschärfen und die soziale Stabilität gefährden.

Kurzfristig mag das Sparen bei sozialen Zwecken Kosten sparen, langfristig führt es jedoch zu höheren gesellschaftlichen Kosten. Ohne ausreichende Unterstützung können Probleme wie Armut, Obdachlosigkeit und gesundheitliche Probleme zunehmen, was später teurere Interventionen erfordert und das Gesundheitssystem sowie andere öffentliche Dienste belastet. Soziale Programme sind entscheidend für die Unterstützung von Menschen in Not. Sie bieten nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch Zugang zu

## nicht bei bei den Menschen!

Bildung, Gesundheitsversorgung und anderen wichtigen Dienstleistungen. Diese Programme tragen zum sozialen Zusammenhalt bei und mildern die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen ab. In Krisenzeiten haben Gesellschaften eine moralische Verantwortung, die Schwächsten zu unterstützen. Einsparungen bei sozialen Zwecken würden diese Verantwortung vernachlässigen und das Vertrauen in die sozialen Institutionen untergraben. Eine solidarische Gesellschaft sollte sicherstellen, dass alle Mitglieder Zugang zu den notwendigen Ressourcen haben, um ein würdiges Leben zu führen. Vielleicht sollte der Staat für eine gute Zukunft unserer Kinder doch ein paar Schulden in Kauf nehmen. Denn eine gesplante Gesellschaft ist für den Großteil am unteren Rand nicht lebenswert.

Gespart werden sollte vielmehr an populistischer Politik, die auf Kosten ganzer Teile der Bevölkerung geht.

**Matthias Merbecks,**  
Geschäftsführer „Volksverein Mönchengladbach“

**Grafik:** Christian Bauer

**Druck:** Printzipia, Auflage 1500, 100% Recycling

**Spendenmöglichkeit:**

Förderverein Stiftung Volksverein

Mönchengladbach e.V.

DE33 310 500 000 003 180 825

Verwendung: BMA

**Bündnis für Menschenwürde und Arbeit**

Wolfgang Fels

Tel. 021 61/948 90 83

Kirchplatz 11 • 41061 Mönchengladbach

www.menschenwuerde-und-arbeit.de

bma@stiftung-volksverein.de

**Redaktion:** Wolfgang Fels

**Kontakt zum Bündnisrat:**

Christa Dressen,

c.dressen@gmx.de

Günter Rexilius,

guenter.rexilius@t-online.de

Hermann-Josef Kronen,

hermann-josef.kronen@t-online.de